

Kreistagswahlprogramm 2026–2031 der SPD Kreis Offenbach

Inhaltsverzeichnis

1. Sozialpolitik
2. Gleichberechtigung und Chancengleichheit
3. Unsere Politik für Schule und Bildung: Kein Kind zurücklassen
4. Frühkindliche Bildung und Betreuung
5. Integrationspolitik
6. Wohnraumpolitik
7. Wirtschaft und Arbeit vor Ort
8. Unsere Politik für solide Kommunal Finanzen
9. Sport und Ehrenamt
10. Mobilität und Verkehr
11. Energie, Umwelt und Klima
12. Digitalisierung
13. Kultur
14. Europa

Unser Kreis Offenbach

Die letzten Jahre waren von tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen geprägt – von den Folgen der Pandemie über wirtschaftliche Herausforderungen bis hin zu den spürbaren Auswirkungen des Klimawandels. All das hat gezeigt: Politik vor Ort muss handlungsfähig, solidarisch und vorausschauend sein.

Im Kreis Offenbach wurden viele dieser Aufgaben erfolgreich bewältigt. Vergleiche mit nationalen und internationalen Entwicklungen machen deutlich, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten gute Ergebnisse erzielt haben. Trotzdem bleiben erhebliche Herausforderungen bestehen, die neue Lösungen verlangen.

Der Kreis Offenbach ist ein attraktiver Lebensraum. Mitten im Rhein-Main-Gebiet gelegen, bietet er vielfältige Chancen zur Entfaltung. In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung weitergewachsen – ein Zeichen für die hohe Attraktivität, aber auch eine Aufgabe für die Politik. Denn Infrastruktur, Bildung, Kinderbetreuung und Mobilität müssen Schritt halten und den steigenden Bedarfen gerecht werden.

Zur Kommunalwahl 2026 tritt die SPD mit Entschlossenheit und Zuversicht an. Wir wollen die Lebensqualität in unserem Kreis nicht nur sichern, sondern weiter verbessern. Die Ziele und Schwerpunkte für die Wahlperiode 2026 bis 2031 stellen wir auf den folgenden Seiten vor.

„Global denken – lokal handeln“

„Global denken – lokal handeln“ bleibt unsere Leitlinie. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt dürfen nicht den kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Der Kreis Offenbach ist die Heimat von über 360.000 Menschen. Er ist damit der einwohnerreichste Kreis in Hessen. Hier leben, arbeiten und lernen wir.

Unser Ziel ist es, Chancen und Perspektiven für alle Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Ein lebenswertes Umfeld umfasst gute Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot sowie eine verlässliche Betreuung und Bildung von Anfang an.

Gerade die jüngste Entwicklung macht deutlich:

- Der Klimawandel erfordert konsequentes Gegensteuern durch lokale Maßnahmen.

- Mehr bezahlbarer Wohnraum ist unverzichtbar.
- Eine nachhaltige Mobilität – mit einem starken ÖPNV, sicheren Radwegen und attraktiven Fußwegen – muss Priorität haben.
- Die Digitalisierung bietet Chancen, bringt aber auch Gefahren, denen wir konsequent begegnen müssen.
- Insbesondere die Entwicklung und Perspektiven, die in Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI) stehen, stellen dabei eine Herausforderung für die kommunale Handlungsebene dar.
- Ein starkes Bildungssystem mit Ganztagschulen und die Möglichkeit auf Weiterbildung sind Grundvoraussetzungen für die Wissensgesellschaft.
- Angebote der Daseinsvorsorge zu sichern und auszubauen bleibt eine Kernaufgabe bürgernaher Politik.

Die SPD im Kreis Offenbach wird diese Grundsätze in konkrete Politik für die kommenden Jahre übersetzen.

1. Sozialpolitik

Jugendpolitik

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. Sie legt die Grundlagen für das Zusammenleben von morgen. Chancen und Potenziale junger Menschen können sich nur mit einer verlässlichen Förderung entfalten. Gleichzeitig entscheidet eine hohe Lebensqualität im Kreis Offenbach darüber, ob Jugendliche und junge Erwachsene hierbleiben und ihre Zukunft bei uns gestalten.

Eine besondere Rolle kommt den Vereinen zu; sie sind Orte der Freizeitgestaltung, Integration und Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb hat die Jugendarbeit in Vereinen für uns einen hohen Stellenwert.

Trotz knapper Kassen müssen Angebote für Jugendliche erhalten und ausgebaut werden. Das gilt insbesondere für Projekte, die demokratische Teilhabe ermöglichen und junge Menschen frühzeitig gegen extremistische Tendenzen stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass Demokratie nachhaltig und zum Anfassen gestaltet wird. Integrationsfördernde Maßnahmen, durch die Vielfalt als gesellschaftliche Normalität reflektiert und erlebbar gemacht wird, sind besonders wichtig. Bildung und Aufklärung über Kulturen, Religionen und Weltanschauungen sind ein Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und das friedliche Miteinander zu stärken.

Der „Ring politischer Jugend“ bietet hierfür bereits ein wichtiges Forum. Hier können junge Menschen Demokratie aktiv und erlebbar mitgestalten. Wir streben an, dass der Kreisschülerrat in der Schulausschusssitzung regelmäßig angehört wird.

Politik für ein langes aktives und selbstbestimmtes Alter

Unsere Gesellschaft braucht sowohl die Energie der Jugend als auch die Erfahrung der Älteren. Damit Jung und Alt gleichberechtigt teilhaben können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Wir wollen eine Gesellschaft des längeren, aktiven und selbstbestimmten Lebens gestalten. Dazu gehören barrierefreie, generationsgerechte Wohnquartiere mit bezahlbarem Wohnraum, guter Infrastruktur und sicheren Wegen.

Mehrgenerationenhäuser zeigen, wie gelungener Austausch funktioniert. Auch alternative Wohnformen, die es ermöglichen trotz Einschränkungen im vertrauten Umfeld zu bleiben, verdienen stärkere Förderung. Der Kreis Offenbach soll mit Beratungs- und Informationsangeboten dazu beitragen.

Unsere Pflegestützpunkte und Beratungsstellen genießen hohes Ansehen. Sie müssen – ebenso wie Nachbarschaftshilfen – bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Pflegende Angehörige müssen

entlastet werden. Angesichts der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen sind neue Konzepte dringend notwendig.

Dienstleistungen für Ältere und Familien

Von Bund und Land erwarten wir Initiativen, die hauswirtschaftliche Dienstleistungen für ältere Menschen und Familien mit Kindern fördern. Diese Leistungen müssen bezahlbar und unbürokratisch verfügbar sein. Gleichzeitig entstehen dadurch neue Arbeitsplätze – verbunden mit Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten.

Der Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege muss durch Ausbildungsinitiativen gedeckt werden. Eine kultursensible Versorgung älterer Menschen mit Migrationshintergrund gehört dabei selbstverständlich dazu.

Lebenslanges Lernen und Engagement

Aktives Altern bedeutet auch, Bildung und Engagement bis ins hohe Alter zu ermöglichen. Ehrenamtliches Engagement kennt keine Altersgrenze. Deshalb setzen wir uns für die verlässliche Förderung des Ehrenamts und der Vereine ein.

Wir wollen den Altenplan fortschreiben und Freizeit- und Bildungsangebote passgenau entwickeln. Der Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen – von Bibliotheken bis Hochschulen – muss für alle Generationen gewährleistet sein.

Gemeinsam mit der Kreisvolkshochschule wollen wir lebensbegleitende Bildungs- und Gesundheitsangebote weiter ausbauen.

Zuwanderung steuern – Integration stärken

Viele Menschen suchen Schutz vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Auch der Kreis Offenbach war und ist gefordert Geflüchtete aufzunehmen. Mit professionellem Einsatz und großem ehrenamtlichem Engagement ist dies bislang erfolgreich gelungen. Unterstützerkreise in den Städten und Gemeinden leisten dabei unschätzbare Arbeit. Sie verdienen unsere volle Unterstützung.

Doch Integration ist ein langfristiger Prozess. Entscheidend sind Sprachförderung, Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung – möglichst frühzeitig. Bund und Land dürfen die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht im Regen stehen lassen. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sollte zeitlich befristet werden. Sie ist teuer und steht einer Integration im Wege. Arbeit und eigene vier Wände sind Grundlage für ein aktives Leben und die soziale, kulturelle und politische Partizipation.

Wir wollen insbesondere die Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt durch entsprechende Programme fördern.

Migration ist eine Chance den demografischen Wandel zu steuern, bereits anwesende Geflüchtete in Ausbildung zu unterstützen und dauerhaft in den heimischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine zügige Anerkennung der vorliegenden Ausbildungsnachweise ist notwendig, um Zugewanderte so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ausreisepflichtige Personen müssen hingegen konsequent abgeschoben werden.

Gesundheitspolitik

Die SPD im Kreis Offenbach strebt eine wohnortnahe ärztliche Grundversorgung im gesamten Kreisgebiet an. Bereits heute fehlen an vielen Orten Kinderärzte, Neurologen, Hautärzte, Orthopäden und Psychologen. Weil heute ein Drittel der niedergelassenen Ärzte bereits 60 Jahre und älter ist, droht absehbar eine Verschärfung der Lage. In der Folge sind Facharzt- und Hausarztpraxen überfüllt. Neben langen Wartezeiten gefährdet dies die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere ältere Menschen oder chronisch Kranke sind auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen.

Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der medizinischen Versorgung ein. Ebenso werden wir dafür werben, dass Praxisstandorte im Kreis Offenbach für neue und junge Mediziner und Medizinerinnen mit ihren Familien attraktiver werden.

Wir fordern daher einen bedarfsgerechten Ausbau der Hebammenversorgung. Krankenhäuser in Langen und Seligenstadt sichern die Grundversorgung und müssen gestärkt werden.

Gesundheit ist eine öffentliche Aufgabe. Wir wollen eine weitere Privatisierung des Gesundheitswesens verhindern. Das Land muss den Kommunen die notwendigen Mittel bereitstellen, damit eine leistungsfähige Versorgung gewährleistet bleibt.

Die Kassenärztliche Vereinigung Hessen ist verpflichtet, eine ortsnahe Notfallversorgung sicherzustellen – das fordern wir ein.

2. Gleichberechtigung und Chancengleichheit

Mehr als die Hälfte der Menschen im Kreis Offenbach sind Frauen. Dennoch sind sie nach wie vor in vielen Bereichen benachteiligt – sei es beim Einkommen, in der Rente oder beim Zugang zu Führungspositionen.

Die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist auch heute noch nicht umgesetzt. Hinzu kommt, dass Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen und unbezahlter Care-Arbeit häufiger in Teilzeit arbeiten, was sich später in Altersarmut niederschlägt. Die Krisen der letzten Jahre haben außerdem noch einmal deutlich gemacht: Es sind vor allem Frauen, die unsere Gesellschaft tragen – ob in der Pflege, in Kitas, an den Supermarktkassen oder in der Reinigung. Viele dieser systemrelevanten Berufe sind aber noch immer schlecht bezahlt. Die SPD fordert weiterhin eine gerechte Bezahlung. Wir wollen mehr Frauen den Zugang zu Führungspositionen ermöglichen und eine gerechte Verteilung von Leitungsaufgaben sicherstellen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern bedeutet wirtschaftliche Unabhängigkeit für beide Geschlechter. Dafür müssen die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden: hochwertige, kostenfreie und verlässliche Kinderbetreuung ebenso wie flexible Arbeitszeitmodelle. Der Kreis leistet mit dem Ausbau und der Förderung von Ganztagsbetreuung an Schulen einen wesentlichen Bestandteil.

Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Homeoffice ist ein wirksames Instrument, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Diese Möglichkeit muss auch in Zukunft konsequent genutzt werden.

Auch bei öffentlichen Aufträgen dürfen Gleichberechtigung und Chancengleichheit nicht außer Acht gelassen werden. Wir fordern: Nur Unternehmen, die Tarifverträge einhalten und keine Diskriminierung zulassen, dürfen berücksichtigt werden.

Frauen vor häuslicher Gewalt besser schützen

Die Familie und die eigenen vier Wände sollten der Ort sein, an dem man sicher und geborgen leben kann. Doch leider ist das in der Realität nicht immer der Fall. Häusliche Gewalt ist kein Kavaliersdelikt. Daher bekennen wir uns zu den Zielen, die in der Istanbul-Konvention beschrieben sind und möchten dazu eine Fachstelle einrichten, die notwendige Schritte koordiniert und vorantreibt.

Wir wollen den Ausbau von Schutzbereichen im Kreis Offenbach voranbringen. Dazu gehören mehr Plätze in Frauenhäusern, Plätze für Frauen mit älteren männlichen Kindern und barrierefreie Plätze. Neben klassischen Frauenhausplätzen möchten wir auch den Schutz vor Gewalt durch Übergangswohnungen im Kreis Offenbach verbessern.

Ein bedarfsgerecht ausgebautes Netz an Beratungsstellen soll nicht nur Frauen in Not helfen, sondern vor allem präventiv tätig werden.

Aufgrund unserer Bevölkerungsstruktur werden wir darauf achten, dass abgestimmte Angebote ebenfalls für Migrantinnen und geflüchtete Frauen zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Frauenhäuser verstetigt und vom Land Hessen übernommen wird. Ein weiterer Grund für die fehlenden Plätze in den Frauenhäusern ist die

Wohnungsnot. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnbaugesellschaften und private Investoren vertraglich dazu verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil ihrer neu zu vermietenden Wohnungen den Frauen aus den Frauenhäusern zur Verfügung zu stellen. Als weitere Lösung peilen wir Übergangswohnungen an. Das Land muss die Kosten dafür tragen.

Frauenbüro im Kreis Offenbach einrichten

Leider gehört der Kreis Offenbach zu den Landkreisen in Hessen, die keine externe Frauenbeauftragte bestellt haben. Solange die im Grundgesetz verbriefte Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht erreicht ist, sind die kommunalen Frauenbüros unverzichtbarer Bestandteil der Gleichstellungspolitik. Die SPD ist deshalb der Meinung, dass sowohl eine aktive Mädchen- und Frauenförderung als auch der Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung nur erfüllt werden können, wenn die Vorgaben der Hessischen Landkreisordnung zur Einrichtung von Frauenbüros befolgt werden. Diese Stelle soll auch zur Koordination der Arbeit der Frauenbüros vor Ort beitragen.

3. Unsere Politik für Schule und Bildung: Kein Kind zurücklassen

Gute Bildung ist der Schlüssel für eine eigenständige Lebensgestaltung, Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Grundlage für Chancengleichheit und sozialen Aufstieg. Unser Ziel ist, allen Menschen Zugang zu einem guten Bildungsangebot im Kreis Offenbach zu ermöglichen. Bildung, Schule und Betreuung sind für die SPD im Kreis Offenbach zentrale Eckpunkte einer auf sozialen Ausgleich ausgerichteten Politik. Dies ist Teil einer zukunftsweisenden und damit wichtigsten Aufgabe unserer Gesellschaft. Der Kreis Offenbach ist zuständig für Schulneubau, Schulsanierung, technische Ausstattung der Schulen, das nicht pädagogische Personal sowie die Finanzierung des laufenden Schulbetriebes. In den letzten Jahren hat der Kreis Offenbach gerade hier Prioritäten gesetzt und in die Sanierung und Modernisierung seiner Schulen maximal investiert. So kann er den Schülerinnen und Schülern aller Schulformen bestens ausgestattete Lernorte mit hohem Standard bieten. Diesen Standard wollen wir in den nächsten Jahren beibehalten.

Da die Schülerzahlen weiter steigen, stehen Erweiterungen der bestehenden Schulstandorte und Neubauten in der vor uns liegenden Wahlperiode an erster Stelle.

Wir wollen den Schulentwicklungsplan fortschreiben und kontinuierlich aktualisieren, um den weiterhin bestehenden Zuwachs bei Schülerinnen und Schülern zu bewältigen. In enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden erfolgt bereits seit Jahren ein kontinuierlicher Ausbau der Betreuungsangebote an den Grundschulen. Dieses vom Bund erlassene „Ganztagsförderungsgesetz“ ist sinnvoll und richtig. Was allerdings fehlt, ist die zugesagte und erforderliche Finanzierung durch Bund und Land.

Ganztagschulen für ganz Hessen

Ab Mitte des Jahres gilt der Betreuungsanspruch im Grundschulalter ab 2026 zunächst für alle Erstklässler, ab 2029 dann für alle. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Einführung des Rechtsanspruchs sozialverträglich eingeführt wird und Kinder aus höheren Klassen bei Bedarf der Nachmittagsbetreuung nicht „hinten runterfallen“. Wir werden die Angebote der Schulkindbetreuung Ganztagsbetreuung im Pakt GIP insbesondere an den Schulen weiter ausbauen, an denen bislang keine Nachmittagsbetreuung stattgefunden hat oder Fördervereine dies zukünftig nicht mehr gewährleisten können.

Beim Betrieb der Mensen in den Schulen werden wir auf gesunde Ernährung achten. Das Beantragen von finanzieller Unterstützung soll so einfach wie möglich erfolgen.

Der Kreis Offenbach wird weiterhin alle Leistungen anbieten für die er zuständig ist, damit Schülerinnen und Schüler optimal gefördert werden können. Dies gilt sowohl für Eingliederungs- als auch Jugendhilfeleistungen. Wir führen die Erkenntnisse des Schulversuchs „begabungsgerechte Schule“ fort.

Integration und Teilhabe

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integration und Teilhabe. Ziel muss es daher sein, bedarfsgerechte Angebote zur Sprachförderung und Rechtsextremismusprävention in den Alltag der Kitas und Schulen zu integrieren und weiterzuentwickeln.

Wir bemerken, dass der Bezug zu Vereinen, ob Sport oder Kultur, im digitalen Zeitalter sehr nachlässt. Allerdings wird gerade in der Vereinsarbeit Integration und Teilhabe sowie Zusammenhalt und Verantwortung unersetzbar gefördert. Deswegen setzen wir uns dafür ein, den Zugang zu den Vereinen vom Feuerwehrverein über den Sportverein bis zum Jazzchor zu fördern. Wir wollen unsere Vereine und Verbände in das Ganztagsangebot stärker integrieren und Kooperationen zwischen Vereinen und allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen unterstützen.

Schulsozialarbeit

Der Kreis Offenbach hat bereits in der Wahlperiode 2021 bis 2026 auf Initiative der SPD ein flächendeckendes Angebot von Schulsozialarbeit an allen Schulen im Kreis Offenbach eingerichtet. Dies war ein erster wichtiger Schritt. Schulsozialarbeit ist für die SPD unabdingbar. Mittelfristiges Ziel bleibt es, Schulsozialarbeit als einen integral und konzeptionell im Schulprogramm verankerten Bestandteil zu festigen. Die Vernetzung mit den in den Kommunen im Jugendbereich tätigen Sozialarbeitern und Streetworkern ist weiter auszubauen.

Digitale Schule

Lernmittelfreiheit bedeutet heute mehr als Schulbücher. Sie umfasst auch digitale Endgeräte, Software und Lernmaterialien. Der Kreis Offenbach fordert daher vom Land Hessen, dass echte Lernmittelfreiheit umgesetzt wird.

Digitale Bildung ist wesentlicher Bestandteil eines zukunftsfähigen Bildungswesens. Schnelles Internet, flächendeckendes WLAN und moderne Endgeräte sind Voraussetzung, damit Schülerinnen und Schüler im internationalen Wettbewerb bestehen.

Mit dem Digitalpakt wurden die Schulen im Kreis Offenbach mit Internet versorgt. Das Land Hessen muss ein einheitliches pädagogisches Konzept für digitales Lernen entwickeln. Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen im digitalen Zeitalter haben – unabhängig davon, auf welche Schule sie gehen.

4. Frühkindliche Bildung und Betreuung

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik steht die optimale Förderung schon im Kleinkindalter. Jedes Kind soll seiner Persönlichkeit und seinen Fähigkeiten entsprechend optimal gefördert werden können. Wir wollen mehr Flexibilität bei den Betreuungszeiten und die Eltern- und Familienarbeit verstärken. Das verlangt gut qualifiziertes Personal und kleine Betreuungsgruppen. Die Sprachförderung in den Kitas muss verbessert werden. Deutsch im Vorschulalter gut zu beherrschen, ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Integration, eine gute Schulkarriere, beruflichen Erfolg und ein erfülltes Leben.

Eine kluge Verknüpfung von Bildung, Erziehung und Betreuung ist der Schlüssel zu besseren Teilhabe-Chancen. Je früher wir mit dem Fördern und Vernetzen ansetzen, desto besser.

Kinder haben ein Recht, vor Gewalt geschützt zu werden. Kitas und Schulen spielen hier eine wichtige Rolle. Kinder müssen darauf vertrauen können, dass ihr Umfeld ein sicherer Ort ist und sie auf andere Menschen zählen können. Dies ist wichtig für die Entwicklung der Kinder. Und Forscher wissen: Frühkindliche Gewalterfahrung ist ein unterschätzter Risikofaktor für spätere rechtsextreme Gesinnung.

5. Integrationspolitik

Entgegen der allgemeinen demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland werden in den kommenden Jahren im Kreis Offenbach, als Teil der wirtschaftlich starken und international ausgerichteten Rhein-Main-Region, immer mehr Menschen leben wollen.

Sie müssen am politischen Leben und an Entscheidungen teilhaben können. Die SPD setzt sich daher weiterhin für das kommunale Wahlrecht für alle, die mindestens sechs Jahre legal ihren Lebensmittelpunkt in den Städten und Gemeinden haben, ein. Ebenfalls werden wir die Arbeit der bestehenden kommunalen Ausländerbeiräte weiterhin aktiv unterstützen. Verstärkt wollen wir dafür werben, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund politisch engagieren und sie ermutigen, von der Möglichkeit der Einbürgerung Gebrauch zu machen. In unserer immer älter werdenden Gesellschaft ist Zuwanderung eine Notwendigkeit, um den Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten und motivierten Fachkräften zu versorgen. Damit sichern wir die wirtschaftliche Stärke sowie schließlich die sozialen Systeme. Die Zuwanderung in unserem Landkreis findet statt. Wir sehen dies als Chance und wollen die Integrationsangebote verstärken.

Wir treten für einen konstanten, offenen und partnerschaftlichen Dialog der Glaubensgemeinschaften untereinander sowie mit der Zivilgesellschaft ein. Ziel ist, die friedliche Koexistenz und eine intensivere Zusammenarbeit besonders im Bereich der Wohlfahrtspflege und der Seelsorge weiter zu fördern und zu stärken. Entschieden werden wir auch auf Kreisebene allen rassistischen und rechtsextremen Positionen entgegenzutreten.

Im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit ist der Kreis Offenbach mit der „Fachstelle für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (DEXT) gut aufgestellt. Ziel ist, Radikalisierungstendenzen in der Bevölkerung rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern, auch intern. Seit 2024 gibt es im Kreis Offenbach eine hauptamtliche Antidiskriminierungsstelle für Mitarbeitende, die Hilfe bei jeder Form von Ungleichbehandlung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Identität, Religion, Weltanschauung, Krankheit, Behinderung und Alter anbietet.

6. Wohnraumpolitik

Mehr Wohnraum schaffen, bezahlbare Mieten sichern

Als Zuwachsregion im Rhein-Main-Gebiet benötigt der Kreis Offenbach eine der Nachfrage angepasste Wohnraumversorgung. Es hat sich gezeigt, dass der vorwiegend privatwirtschaftlich ausgerichtete Wohnungsmarkt diesem Bedarf nicht nachgekommen ist. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen übersteigt bereits seit einigen Jahren bei Weitem das Angebot. Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum gehört für uns zu den wichtigsten Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

Gerade in den Ballungsräumen hat sich in den vergangenen Jahren die Lage dramatisch verschärft und ist für die SPD damit zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Dies gilt insbesondere für Familien, aber auch für Einzelpersonen der unterschiedlichsten Altersgruppen. Deshalb sind die Städte und Gemeinden des Kreises aufgerufen, verstärkt Flächen für den Wohnungsbau – vorrangig für Wohnungen mit Sozialbindung – auszuweisen und gegebenenfalls Wohnungen im kommunalen Eigentum zu schaffen.

Die Wohnbauförderstelle des Kreises muss die Städte und Gemeinden, aber auch Wohnbaugesellschaften und private Investoren, beraten und koordinieren, damit mehr Wohnungsbauförderung im Kreis erfolgt. Der Leerstand in vielen Städten und Gemeinden muss aktiv bekämpft werden, indem der Landesgesetzgeber endlich einen Riegel schiebt. Die Städte und Gemeinden sollen durch ein Gesetz zum Verbot von Wohnraumzweckentfremdung in die Lage versetzt werden, Leerstände aus Gründen der Immobilienspekulation und die Umwandlung von Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen zu unterbinden.

7. Wirtschaft und Arbeit vor Ort

Der Kreis Offenbach ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort im Herzen der Rhein-Main-Region. Dienstleistungen, Maschinenbau und Automotive sind hier stark vertreten. Diese Stärken wollen wir ausbauen und die Ansiedlung neuer Unternehmen fördern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung des Mittelstands und des Handwerks. Viele Betriebe sind eigentümergeführt – sie brauchen direkte Hilfe und eine verlässliche Wirtschaftspolitik.

Trotz der Krisen der letzten Jahre konnte die Beschäftigung stabil gehalten werden. Wir wollen dazu beitragen, dass diese Entwicklung fortgesetzt wird. Dafür müssen Ausbildung und Qualifizierung weiter gestärkt werden. Jugendliche sollen einen reibungslosen Übergang von der Schule in den Beruf schaffen können.

Die Pro Arbeit im Kreis Offenbach leistet bei der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen seit Jahren wertvolle Arbeit. Diese Expertise wollen wir weiterhin nutzen und ausbauen – mit gezielten Qualifizierungsprogrammen, insbesondere in Pflege, Kinderbetreuung und Handwerk. Durch den geplanten Neubau werden wir die Aufgaben bündeln und effektivere Abläufe gestalten.

Den digitalen Wandel gestalten

Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche. Wir sehen darin eine große Chance – aber nur, wenn sie sozial gestaltet wird. Digitale Kompetenzen müssen gefördert werden, sei es durch Volkshochschulen, Beratung für Vereine oder Lernangebote für Bürgerinnen und Bürger.

Eine moderne Infrastruktur ist dafür Voraussetzung: flächendeckende Glasfaser, sichere Netze und stabile Echtzeitverbindungen. Co-Working-Spaces und neue Arbeitsformen sollen unterstützt werden, um Wertschöpfung in die Kommunen zu bringen.

Digitale Vernetzung verbessern

Auch die digitale Vernetzung des Zusammenlebens gehört dazu: digitale Bürgerdienste, Veranstaltungskalender, Beteiligungsverfahren. Der Kreis Offenbach soll Kommunen dabei unterstützen, entsprechende Anwendungen zu entwickeln und Fördermittel nutzbar zu machen.

8. Unsere Politik für solide Kommunalfinanzen

Der Kreis Offenbach ist Teil einer wirtschaftlich starken Region. Diese Stärke bildet die Grundlage für eine gute Entwicklung, muss aber durch eine solide Finanzpolitik abgesichert werden. Nur wenn Kreis und Kommunen über ausreichende Mittel verfügen, können sie ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Sie müssen finanziell handlungsfähig bleiben.

Das bedeutet, dass das Land Hessen die Kommunen angemessen ausstatten muss. Neue von Land oder Bund übertragene Aufgaben, dürfen nicht ohne entsprechende Gegenfinanzierung bleiben. Wir fordern deshalb eine konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, bezahlt. Das Land darf Bundesmittel für Kommunen nicht kürzen oder zweckentfremden.

Wirtschaftsförderung ist Zukunftssicherung

Der Landkreis muss auch weiter seine Städte und Gemeinden bei ihrer Ansiedlungspolitik aktiv unterstützen. Gerade die Breite und Vielfalt der wirtschaftlichen Aktivitäten im Kreis Offenbach tragen zum Wohlstand des Kreises bei und sichern diesen bei konjunkturellen Krisen. Neben der Ansiedlung muss der Kreis aktiv die Gründung von Unternehmen unterstützen, vom digitalen Startup bis zum Handwerksbetrieb. Ein wichtiger Baustein ist hier Standort Plus. Zudem wird die Nutzung von Open-Source-Software in der Verwaltung zur Förderung lokaler Unternehmen und Schaffung einer sicheren, zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur befürwortet. Dies wird gestützt durch die Strategien der EU und der Bundesrepublik in diesem Bereich.

Kommunale Infrastruktur ausbauen

In den kommenden Jahren ist es dringend notwendig, stärker in kommunale Infrastruktur zu investieren. Neben der Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum gehört der Ausbau digitaler Infrastrukturen als Zukunftssicherung dazu. Unser Ziel bleibt, dass bis 2030 99 Prozent aller Haushalte im Kreis Offenbach über einen direkten Glasfaseranschluss verfügen. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Schulen und private Haushalte benötigen leistungsfähige Netze. Auch die soziale Infrastruktur wie der Ausbau der Kinderbetreuung muss damit Schritt halten. Dies wird zur großen finanziellen Herausforderung für viele Kommunen. Hier müssen Bund und Land dauerhaft nicht nur die Baukosten, sondern auch die Betriebskosten mittragen, damit die Kommunen nicht überfordert werden.

Die in den letzten Jahren durchgeführten Haushaltskonsolidierungen haben in vielen Städten und Gemeinden zu steigenden Gebühren und Steuern geführt. Die SPD will die Bürgerinnen und Bürger vor weiteren Belastungen schützen. Dafür müssen Kommunen wieder über größere Spielräume verfügen. Es darf nicht sein, dass sie einerseits zur Haushaltsdisziplin gezwungen werden, während ihnen andererseits durch fehlende Unterstützung die finanzielle Grundlage entzogen wird. Steuererhöhungen, zum Beispiel bei der Grundsteuer, dürfen nicht zur Dauerlösung werden.

Die SPD im Kreis Offenbach steht für eine Finanzpolitik mit Augenmaß. Die Kreis- und Schulumlage werden nur in dem Maß erhoben, wie es zur Erfüllung der Aufgaben unbedingt erforderlich ist. Unser Ziel bleibt es, die kommunale Familie insgesamt zu stärken und nicht einzelne Städte und Gemeinden finanziell zu überlasten.

9. Sport und Ehrenamt

Die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements wächst zunehmend. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist Garant für unsere Gesellschaftsordnung. Demokratie und bürgerliche Gesellschaft, wie wir sie kennen und schätzen, ist nicht vorstellbar, ohne dass sich Einzelne konkret zu Wort melden, mitarbeiten und einsetzen. Die Nachmittagsbetreuung an Schulen und die Unterstützung von Geflüchteten wären ohne dieses Engagement so nicht denkbar. Zum Ehrenamt gehören auch die Sportvereine als wichtige Säule für unsere Lebensqualität. Sie geben in ihrem ehrenamtlichen Wirken wertvolle Impulse für Kreativität und Vielfalt. Den Kreiskommunen wird die Möglichkeit eröffnet, Sport durch ausreichende Unterstützung und entsprechende Vernetzung als wesentliches Element der gesellschaftlichen Bildung und Teilhabe allen Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen.

Dies geschieht durch die Integrationskraft der Sportvereine, ihre hohe Anziehungskraft für die Jugend und ihr gesellschaftliches Engagement im Sinne des „Sports für alle“.

„Sport für alle“ bedeutet auch, dass der Kreis seine Sporthallen weiterhin den Vereinen zur Verfügung stellt. Der Kreis Offenbach unterstützt die Vereine beim Bau weiterer Sportstätten oder deren Renovierung, den Sportkreis als Servicestelle seiner Vereine und bei der Ehrung verdienter Sportlerinnen und Sportler aus dem Kreis. Dieses Engagement des Kreises wollen wir ausbauen und werden in der kommenden Legislaturperiode einen besonderen Schwerpunkt bezüglich der Entwicklung des Ehrenamtes und der Vereine und Verbände setzen.

10. Mobilität und Verkehr

Metropolregion FrankfurtRheinMain

Eingebettet in die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist der Kreis Offenbach Teil einer der wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen Deutschlands. Der Kreis Offenbach ist auf Grund seiner Lage im Herzen Europas Transitregion für den Fernverkehr und gleichzeitig geprägt durch Pendlerströme, die Wohnen, Arbeiten und Freizeitverhalten miteinander verknüpfen. Dem Kreistag kommt bei der Ausgestaltung des Mobilitätsangebotes insbesondere eine tragende Rolle über die

Kreisverkehrsgesellschaft (kvgOF) zu. Hier wird mit dem Nahverkehrsplan sichergestellt, dass ein ausgewogenes Angebot an Nahmobilität vorhanden ist und Pendler-, Schüler- und Freizeitverkehr im Sinne der derzeitigen und zukünftigen Nutzer organisiert werden. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen – unabhängig von ihrem Wohnort – ohne eigenes Fahrzeug zur Schule, zum Arbeitsplatz und zu den Angeboten unserer medizinischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur und zum Amt gelangen können. Deshalb gilt es sicherzustellen, dass alle Stadtteile und Ortslagen mit einem guten Angebot an Bussen ausgestattet sind. Um den Busverkehr zu beschleunigen, gilt es ein Programm zum Ausbau von Busspuren an Kreuzungen voranzutreiben und durch intelligente Ampelschaltungen dem Busverkehr Vorrang an häufig frequentierten Kreuzungen einzuräumen. Die Feinerschließung erfolgt derzeit erfolgreich mit dem Angebot des Hopper. Dieses Angebot wollen wir fortführen und noch effektiver gestalten. Dabei gilt es die künftigen Möglichkeiten autonomen Fahrens bereits jetzt zu berücksichtigen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Das eigentliche Rückgrat des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region bilden die Regional- und S-Bahnstrecken. Der Kreis Offenbach ist mit seinen Vertretern beim Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) direkt in der Ausgestaltung des Schienenverkehrsangebotes beteiligt. Es gilt auch künftig, das bestehende Angebot an Bahnverkehr zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Bei einer Verwirklichung des Fernbahntunnels Frankfurt entstehen diesbezüglich vollkommen neue Möglichkeiten, da für den ÖPNV im Frankfurter Hauptbahnhof neue Kapazitäten geschaffen werden.

Mit dem Baubeginn der Regionaltangente West (RTW) ist bereits ein erster Meilenstein genommen. Diese wichtige neue Schienenverkehrsstrecke muss so schnell wie möglich ihren Betrieb aufnehmen. Wir fordern die Planungen für eine Regionaltangente Ost weiter voranzutreiben, um einen Schienenring rund um Frankfurt ans Netz zu bringen und einen Lückenschluss zur RTW zu verwirklichen. Weitere wichtige Maßnahmen sind außerdem der Lückenschluss Dietzenbach–Rödermark (Urberach) und die S-Bahnverlängerung Dietzenbach–Dieburg, einschließlich der Prüfung neuer Haltepunkte in Heusenstamm Süd und Dietzenbach-Süd.

Für die Dreieichbahn gilt es eine Taktverdichtung und damit verbunden Kapazitätsverbesserungen zu erreichen. Um Emissionen zu verringern, ist eine Elektrifizierung zwingend anzustreben.

Die Odenwaldbahn sorgt im Ostkreis für eine Schienenverbindung zu den Städten Hanau, Offenbach und Frankfurt. Hier müssen zeitnah die bereits priorisierten Kapazitäts- und Angebotserweiterungen gemäß der „Erbacher Erklärung“ erfolgen, um bald eine Verstetigung der Takte zu erreichen.

Die Verlängerung der Straßenbahn aus Frankfurt durch Neu-Isenburg bis nach Dreieich-Sprendlingen gehört zu einem fortschrittlichen ÖPNV-Konzept. Nach dem Bau des Flughafenterminals 3 ist es die Aufgabe von Fraport, den Bau eines entsprechenden S-Bahn-Anschlusses zu finanzieren und die finanziellen Belastungen eines solchen Anschlusses nicht auf die Anrainerkommunen abzuwälzen.

Deutschlandticket

Das Deutschlandticket hat sich bewährt: Auf Grundlage einer ausgewogenen Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Länder und Verkehrsträgern, das nicht erneut zu Lasten der Kommunen geht, sollte dieses unkomplizierte und günstige Angebot fortgeführt werden.

Einen großen Beitrag zur Verkehrswende leistet die Steigerung des Radverkehrs. Neben den lokalen Radwegen, kommt den Radschnellwegen – nicht zuletzt auf Grund des erheblichen Zuwachses an Pedelecs und E-Bikes – eine besondere Bedeutung zu. Die Radschnellwege des Regionalverbandes FRM 1 (Frankfurt–Darmstadt,) FRM 8 (Hanau–Frankfurt) und FRM 9 (Seligenstadt–Frankfurt Flughafen) führen direkt durch den Kreis Offenbach. Diese müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden.

In einem dicht besiedelten Ballungsraum dürfen die einzelnen Verkehrsträger aber nicht isoliert betrachtet werden. Es gilt alle Verkehrsangebote so miteinander zu verknüpfen, dass die Attraktivität des ÖPNV gesteigert und die „letzte Meile“ bestenfalls zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden kann. Aber auch in Zukunft wird das Auto sicher eine bedeutende Rolle spielen. Deshalb sollen insbesondere alle Schienenhaltepunkte zu Mobilitätsstationen ausgebaut werden, die diverse

Mobilitätsangebote (Bahn, Bus, PKW, Rad, Car-Sharing) miteinander verknüpfen. Sie stellen eine attraktive Alternative zum privaten PKW dar und erleichtern den Wechsel zwischen den Verkehrsträgern. Darüber hinaus bieten sie infrastrukturelle Einrichtungen wie Fahrradboxen oder E-Ladestationen.

Straßenverkehrsprojekte

Trotz des Ausbaus alternativer Verkehrsmittel wird der Individualverkehr weiter einen hohen Anteil am Verkehrsaufkommen haben. Deshalb ist es nötig, die Forderungen nach übergeordneten Straßenverkehrsprojekte im Kreis Offenbach gegenüber den Straßenbaulastträgern zu forcieren. Dazu gehören der Ausbau der Anschlussstelle Hanau–Autobahnkreuz Offenbach an der A3, die Ortsumfahrung Rödermark-Urberach (B486), der dritte Bauabschnitt der Ortsumfahrung Seligenstadt (L3065) und die Verlängerung der Rodgau-Ringstraße zwischen L3405 und L3117.

Die Menschen im Kreis Offenbach sind zum Teil massiv von Fluglärm betroffen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Kreis Offenbach ausschließlich Personen in die Fluglärmkommission zum Flughafen Frankfurt und in vergleichbare Gremien entsendet, welche die Interessen der Kreiskommunen mit Nachdruck vertreten.

Die SPD Kreis Offenbach lehnt die Flugroutenverlegung CINDY-S ab und unterstützt die Klage der vom Segmented Approach betroffenen Kommunen. Fluglärmreduktion muss den Vorrang vor Methoden der Fluglärmverteilung genießen, bei denen am Ende eine größere Zahl an Anwohnern zusätzlich und stärker betroffen ist. Wir unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement von Vereinen und Verbänden, die sich für eine Verbesserung der Lärmbelastung in betroffenen Gemeinden und Städten einsetzen.

11. Energie, Umwelt und Klima

Klimawandel

Angesichts der fortschreitenden Klimaveränderung sind die Kommunen in der Pflicht, zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens entsprechende Maßnahmen zu treffen und ihre Bemühungen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu verstärken. Auch der Kreis Offenbach ist aufgefordert, den bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg im Sinne des Klimaschutzes fortzusetzen und in den Bereichen Energieeinsparung, Umstellung der Energieversorgung sowie Klimaanpassung konsequent zu arbeiten. Die eigens eingerichtete Stabsstelle unterstützt bereits die kreisangehörigen Kommunen beim Klimaschutz und übernimmt Vermittlungs- und Beratungsaufgaben. Dieses Beratungsangebot gilt es weiter auszubauen.

Das Thema Klima darf insbesondere in öffentlichen Verwaltungen nicht isoliert betrachtet werden. Alle Fachbereiche der Verwaltung sind weiterhin für die Belange des Klimaschutzes als Querschnittsaufgabe zu sensibilisieren.

Erneuerbare Energien

Der Kreis Offenbach verfügt über wenige Liegenschaften, die für die Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden können. Im Wesentlichen sind es die Schulgebäude. Ziel muss es sein, diese CO₂-neutral zu bewirtschaften. Sofern die rechtlichen Rahmenbedingungen dies zulassen, sind das ortsansässige Gewerbe in Maßnahmen zum Klimaschutz zu integrieren und Wertschöpfungsketten im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen lokal bzw. regional zu sichern. Um diese Herausforderung zu meistern, werden gut ausgebildete Fachkräfte benötigt: Die Attraktivität von zukunftssträchtigen Ausbildungsberufen im Bereich Umweltschutz und regenerativer Energien sollen deshalb gemeinsam mit Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkerschaft an den Schulen vorgestellt werden.

Attraktiver ÖPNV

Der Kreis ist unmittelbar für die Organisation des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zuständig. Er muss deshalb weiter eine Verkehrsinfrastruktur schaffen, die Anreize für die Nutzung

kohlendioxidfreier oder kohlendioxidreduzierter Mobilitätsangebote bietet, Möglichkeiten der Multimodalität fördert und den Umweltverbund attraktiver gestaltet.

Energiewende funktioniert nur mit den Bürgerinnen und Bürgern und der lokalen Wirtschaft. Deshalb soll auch künftig über wirksame und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zum Klimaschutz informiert werden. Der „Tag der Energiewende“ liefert ein gutes Beispiel wie das geschehen kann: Dort bekommen Interessierte einen breiten Überblick zu Photovoltaik, Solarthermie, Speichertechnologien, virtuellen Kraftwerken, Energieberatung und Fördermöglichkeiten, Energetischem Bauen und Sanierung von Gebäuden, Elektromobilität sowie Klima- und Naturschutz.

Die Wasserversorgung muss weiterhin in kommunaler Verantwortung bleiben und darf nicht privatisiert werden. Der Bedarf an Trinkwasser muss auch zukünftig nachhaltig gedeckt sein. Deshalb muss der Zukunftsplan Wasser des Zweckverbandes Wasserversorgung Offenbach (ZWO) gänzlich umgesetzt werden. Der ZWO soll bei der Umsetzung der kommunalen Wasserkonzepte Hilfestellung leisten. Die Senkung des Nitratreintrages soll weiterhin zwischen dem ZWO und den Landwirten koordiniert werden.

Im dicht besiedelten Kreis Offenbach kommt einer intakten Natur neben den Belangen der Artenvielfalt und der Bedeutung für das Klima auch wegen der Naherholungsfunktion eine besondere Bedeutung zu. Der Landschaftspflegeverband des Kreises soll künftig die Maßnahmen zur Landschaftspflege sowie zum Arten- und Biotopschutz im Kreisgebiet managen. Der Erhalt der Streuobstwiesen als identitätsstiftender Lebensraum in Südhessen hat dabei eine besonders hohe Bedeutung.

Der Regionalpark Frankfurt Rhein-Main soll auch künftig das Rückgrat der regionalen Grünzüge bilden, welche als ein zusammenhängendes System attraktiver Freiräume erlebbar gemacht werden.

Das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an gesunden, schmackhaften Lebensmitteln und Bioprodukten nimmt ständig weiter zu. Die Landwirte der Region müssen in die Lage versetzt werden, ihren Anteil an ökologischem Anbau zu erhöhen und von diesem Trend zu profitieren. Dadurch werden auch lange Transportwege eingespart.

Der Kreis Offenbach ist seit 2020 ein Fairtrade-Kreis. Unser Engagement für fairen Handel, faire Löhne und faire Produktionsbedingungen wollen wir fortsetzen.

12. Digitalisierung

Verwaltung digital & bürgernah gestalten

Wir setzen das Onlinezugangsgesetz (OZG) und die geplanten Weiterentwicklungen konsequent um. Alle Dienstleistungen des Kreises sollen vollständig digital, barrierefrei und mobil nutzbar sein. Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Daten nur einmal angeben („Once-Only-Prinzip“), Formulare werden medienbruchfrei verarbeitet und die Kommunikation erfolgt auch in leichter Sprache und deutscher Gebärdensprache.

Ein zentrales Servicekonto für Bürger, Bürgerinnen und Unternehmen ermöglicht Antragstellung, Dokumentenverwaltung und Statusabfragen an einem zentralen Ort. Zusätzlich streben wir digitale Termin- und Video-Sprechstunden in allen Bereichen der Kreisverwaltung – damit Amtsgänge auch von zuhause aus erledigt werden können – an.

Digitale Teilhabe für alle

Digitalisierung darf niemanden ausschließen.

Es soll Grundkurse für Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende, Zugewanderte und Menschen mit Behinderung zum Beispiel bei der Kreis VHS geben. Vereine und Ehrenamtliche können einen „Digitalführerschein“ erwerben, um ihre Arbeit moderner und effizienter zu gestalten.

Der Kreis Offenbach zeichnet sich besonders durch seine Internationalität aus. Diese soll auch sprachlich auf der Homepage des Kreises berücksichtigt werden.

Datenschutz & IT-Sicherheit stärken

Wir wollen, dass sich alle auf die Sicherheit ihrer Daten verlassen können. Daher setzen wir auf ein Konzept, bei dem der Schutz personenbezogener Daten bereits in der Planung und Entwicklung von Systemen, Prozessen oder Produkten berücksichtigt wird – nicht erst im Nachhinein („Privacy by Design“).

Künstliche Intelligenz gemeinwohlorientiert nutzen

KI kann die Verwaltung entlasten und den Service verbessern – aber nur mit klaren Regeln. Wir setzen KI zur Sortierung von Anträgen, zur automatischen Übersetzung, Barrierefreiheit und Dokumentenvorbereitung ein. Der Mensch bleibt jedoch in letzter Instanz als Entscheidungsträger.

Digitale Mobilität & Umwelt

Über unser Open-Data-Portal stellen wir Umweltdaten zu Luftqualität, Lärm, Hitzeinseln und Gewässern frei zur Verfügung, damit Forschung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft innovative Lösungen entwickeln können.

13. Kultur

Kultur ist keine Nebensache, sondern Pflichtaufgabe. Sie stiftet Identität, schafft Begegnung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Kreis Offenbach ist Teil der Kulturlandschaft Frankfurt RheinMain, muss aber auch seine eigene kulturelle Vielfalt sichtbar machen.

Ein Schwerpunkt ist die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie soll in soziokulturellen Zentren, Jugendtheatern, Vereinen und Musikschulen verankert und ausgebaut werden. Museen, Heimat- und Geschichtsvereine verdienen besondere Beachtung, da sie das kulturelle Gedächtnis bewahren. Wanderausstellungen zwischen den Städten und Gemeinden können den Austausch fördern. Auch die Theaterlandschaft im Kreis wächst stetig. Wir wollen daher regelmäßige Theaterstage einführen, um das Engagement der Laienkünstlerinnen und -künstler zu stärken. Ebenso sollen die Sommerkulturstage in Südhessen wiederbelebt werden.

Überregionale Kooperationen sind ebenso wichtig. Der Eintritt in den Kulturfonds Frankfurt RheinMain war sinnvoll, um weitere Projekte zu realisieren. Auch die stärkere Beteiligung an der Route der Industriekultur soll die Sichtbarkeit des Kreises erhöhen.

Regelmäßige Befragungen von Kultur- und Sportvereinen sollen helfen, deren Arbeit besser zu unterstützen.

14. Europa

Europa ist für uns mehr als ein Projekt in Brüssel. Es ist Frieden, Demokratie und Zukunft – und es prägt auch unseren Kreis. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Kreis Offenbach seine Rolle als Teil der europäischen Gemeinschaft sichtbar lebt. Wir treten entschieden gegen Nationalismus und Rechtspopulismus auf – Europa ist und bleibt ein Friedensprojekt. Wir sehen mit Sorge die europaskeptischen und oft sogar europafeindlichen Strömungen innerhalb der Europäischen Union.

Hier ist auch der Kreis Offenbach gefordert. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Kreis sich über das bisher schon bemerkenswert hohe Maß hinaus um Europa kümmert und seine Möglichkeiten intensiviert, gegen die zunehmende Europa-Skepsis anzugehen. Dabei kommt der Begegnung mit den Menschen, insbesondere den jungen Menschen, eine zentrale Bedeutung zu. Gerade deshalb ist hier ein weiterer Ausbau der europäischen Kontakte anzustreben. Die SPD setzt sich für einen intensiven Austausch mit den europäischen Partnerstädten ein und unterstützt die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Pflege ihrer Städtepartnerschaften.